

PHILIPP HEINER HOFMANN

Der Schutz von Dritten
in der Insolvenz des
Versicherungsnehmers

*Veröffentlichungen
zum Verfahrensrecht*

148

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht
Band 148

herausgegeben von
Rolf Stürner



Philipp Heiner Hofmann

Der Schutz von Dritten in der Insolvenz des Versicherungsnehmers

Versuch einer Systembildung

Mohr Siebeck

Philipp Heiner Hofmann, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg im Breisgau und Grenoble; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Freiburg; 2017 Promotion; Rechtsreferendar am Kammergericht Berlin.

ISBN 978-3-16-155570-1 / eISBN 978-3-16-155571-8

DOI 10.1628/978-3-16-155571-8

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2016/2017 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung befinden sich auf dem Stand vom Juni 2017.

An dieser Stelle möchte ich mich zunächst bei meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Alexander Bruns, LL.M., bedanken, der mich nicht nur auf das Thema der Arbeit gestoßen, sondern dieser durch wertvolle Hinweise und kritische Nachfragen auch immer wieder wichtige Impulse gegeben hat. Hierfür bin ich ihm ebenso zu tiefstem Dank verpflichtet wie für die schnelle Anfertigung des Erstgutachtens. Ebenfalls herzlich bedanken möchte ich mich bei Frau Professorin Dr. Katharina von Koppenfels-Spies für die besonders rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Ferner gilt mein Dank dem Herausgeber, Herrn Professor Dr. Dres. h.c. Rolf Stürner, für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht“.

Die Anfertigung dieser Arbeit wurde durch ein Promotionsstipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes gefördert, ihre Veröffentlichung durch Fördermittel der Johanna und Fritz Buch-Gedächtnisstiftung sowie der Studienstiftung ius vivum. Auch bei diesen Fördereinrichtungen möchte ich mich hiermit ganz herzlich für ihre Unterstützung bedanken.

Mein ganz besonderer Dank gilt darüber hinaus Dr. Katharina Stock für ihre wertvollen Hinweise und dafür, dass sie die Mühe auf sich genommen hat, das Manuskript dieser Arbeit Korrektur zu lesen. Nicht minder bedanken möchte ich mich bei Dr. Ferdinand Dreher, Dr. Alexander Klausmann und Martin Vocks, die ganz wesentlich dazu beigetragen haben, dass ich heute mit solch freudigen Erinnerungen auf meine Zeit als Doktorand zurückblicke.

Der größte Dank gilt schließlich aber meinen Eltern, die mir das Studium und die Promotion überhaupt erst ermöglicht haben sowie Corinna für ihre unschätzbare Unterstützung sowohl während der Zeit der Promotion als auch darüber hinaus.

Berlin, März 2018

Philipp Heiner Hofmann

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXVII
Einleitung.....	1
§ 1 <i>Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit</i>	1
A. Einführung in die Thematik	1
B. Der <i>status quo</i> : ein disparater Befund.....	3
C. Zielsetzung: Versuch einer Systembildung.....	7
D. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	11
E. Methodisches Vorgehen.....	11
Allgemeiner Teil: Verfassungsrechtliche, insolvenzrechtliche und versicherungsrechtliche Grundwertungen.....	15
§ 2 <i>Verfassungsrechtliche Grundwertungen: Der grundrechtliche Gehalt der par conditio creditorum</i>	17
A. Der Begriff der par conditio creditorum	19
B. Der verfassungsrechtliche Gehalt der par conditio creditorum.....	22
C. Zusammenfassung	47
§ 3 <i>Insolvenzrechtliche Grundwertungen: Wesensmerkmale von Aussonderung und Absonderung</i>	48
A. Die Abgrenzung von Aus- und Absonderung im Kontext des Schutzes von Dritten in der Insolvenz des Versicherungsnehmers.....	49
B. Die dogmatische Struktur von Aus- und Absonderungsrechten: Erfordernis einer materiellrechtlichen Grundlage.....	54

C. Der Grundsatz einer für die Masse kostenneutralen Verwertung von Aus- und Absonderungsgütern.....	71
D. Zusammenfassung.....	75
§ 4 <i>Versicherungsrechtliche Grundwertungen – Die Bindung des Versicherungsschutzes an das versicherte Interesse oder die Zustimmung der Gefahrperson.....</i>	77
§ 5 <i>Maßgeblichkeit der dargelegten Grundwertungen.....</i>	79
Besonderer Teil: Die insolvenzrechtliche Stellung des Dritten in den einzelnen drittschützenden Versicherungsformen	81
§ 6 <i>Der Schutz des Versicherten in der Versicherung für fremde Rechnung</i>	83
A. Versicherungsrechtliche Grundlagen	83
B. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Versicherten	88
C. Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Versicherten	88
D. Rechtsvergleichende Betrachtung	150
E. Zusammenfassung.....	164
§ 7 <i>Der Schutz des Bezugsberechtigten in der Lebensversicherung</i>	166
A. Versicherungsrechtliche Grundlagen	167
B. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Bezugsberechtigten	172
C. Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Bezugsberechtigten	177
D. Rechtsvergleichende Betrachtung	202
E. Zusammenfassung.....	215
§ 8 <i>Der Schutz des Geschädigten in der Haftpflichtversicherung.....</i>	217
A. Versicherungsrechtliche Grundlagen	218
B. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Geschädigten.....	252
C. Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Geschädigten.....	257
D. Rechtsvergleichende Betrachtung	301
E. Zusammenfassung.....	317

§ 9 Der Schutz des Grundpfandgläubigers in der Sachversicherung	320
A. Versicherungs- und sachenrechtliche Grundlagen	322
B. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Grundpfandgläubigers	327
C. Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzrechtlichen Privilegierung	328
D. Rechtsvergleichende Betrachtung	358
E. Zusammenfassung	373
Schlussbetrachtung: Das System des Schutzes Dritter in der Insolvenz des Versicherungsnehmers	375
A. Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung	375
B. Insolvenzrechtliche Qualifikation der Rechtsstellung des Dritten	376
C. Wege zur Realisierung der jeweiligen insolvenzrechtlichen Privilegierung	376
D. Nachträgliche Beeinträchtigungen der Rechtsstellung des Dritten	379
Literaturverzeichnis	381
Sachregister	401

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXVII
Einleitung.....	1
§ 1 <i>Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit</i>	1
A. Einführung in die Thematik	1
B. Der <i>status quo</i> : ein disparater Befund	3
I. Die drittschützende Wirkung der verschiedenen Versicherungsformen ..	3
II. Das Spannungsverhältnis zum insolvenzrechtlichen Prinzip der <i>par</i> <i>conditio creditorum</i>	4
III. Die bestehende Ausgestaltung des insolvenzrechtlichen Drittschutzes als Stückwerk punktueller und inhaltlich disparater Regelungen	5
1. Überblickartige Darstellung der einzelnen Ausformungen des insolvenzrechtlichen Drittschutzes	5
2. Die wesentlichen Divergenzen zwischen den einzelnen Ausgestaltungen des insolvenzrechtlichen Drittschutzes	6
C. Zielsetzung: Versuch einer Systembildung	7
I. Der Systembegriff.....	8
II. Der Nutzen des Systemdenkens für die insolvenzrechtliche Behandlung versicherungsrechtlichen Drittschutzes	9
D. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	11
E. Methodisches Vorgehen.....	11
Allgemeiner Teil: Verfassungsrechtliche, insolvenzrechtliche und versicherungsrechtliche Grundwertungen.....	15
§ 2 <i>Verfassungsrechtliche Grundwertungen: Der grundrechtliche Gehalt der par conditio creditorum</i>	17

A. Der Begriff der par conditio creditorum	19
I. Die par conditio creditorum als Prinzip gleichmäßiger Befriedigung....	19
II. Die Manifestationen des Gleichbehandlungsgrundsatzes im geltenden Insolvenzrecht	21
B. Der verfassungsrechtliche Gehalt der par conditio creditorum.....	22
I. Analyse der einzelnen verfassungsrechtlichen Garantien im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit zur Begründung der par conditio creditorum.....	22
1. Die par conditio creditorum als Ausfluss des allgemeinen Justizgewährleistungsanspruchs?.....	23
a) Gläubigergleichbehandlung zur Vermeidung rechtsstaatswidriger Zufälligkeiten bei der Gläubigerbefriedigung?.....	25
b) Privilegierung einzelner Gläubiger als Beeinträchtigung des Justizgewährleistungsanspruchs konkurrierender Gläubiger?	26
aa) Begründung: Kollision der Justizgewährleistungsansprüche konkurrierender Gläubiger	26
bb) Kritik: verfassungsrechtlich nicht tragfähige Gleichsetzung von Justizgewähr und effektiver Forderungsbefriedigung	27
c) Ergebnis: Par conditio creditorum kein Gebot der verfassungsrechtlichen Justizgewährleistung.....	29
2. Die par conditio creditorum als Ausfluss der Eigentumsgarantie gem. Art. 14 Abs. 1 GG?	29
a) Begründung: Beeinträchtigung der Eigentumsrechte konkurrierender Gläubiger durch bevorzugte Befriedigung einzelner Gläubiger	29
b) Kritik: keine Garantie der Schuldnerbonität aus Art. 14 Abs. 1 GG	30
3. Die par conditio creditorum als Ausfluss des Sozialstaatsprinzips gem. Art. 20 Abs. 1 GG?	31
4. Die par conditio creditorum als Gebot des allgemeinen Gleichheitssatzes.....	31
a) Adressaten des allgemeinen Gleichheitssatzes.....	32
b) Auswirkungen des Gleichheitssatzes vor und nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	33
aa) Vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens: Vermögensverteilung durch den Schuldner oder im Wege der Einzelvollstreckung	33
(1) Vermögensverteilung durch den Schuldner zum Zwecke der Forderungsbefriedigung	34
(2) Gläubigerzugriff im Wege der Einzelvollstreckung	34
(3) Zwischenergebnis: Keine verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Vermögensverteilung vor Insolvenzeröffnung	37

bb) Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens: verfassungsrechtlich gebundene Vermögensverteilung durch den Insolvenzverwalter.....	37
II. Verfassungsrechtlich zulässige Ungleichbehandlungen.....	38
1. Maßstab der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung insolvenzrechtlicher Privilegierungen.....	39
a) Evolution des gleitenden Prüfungsmaßstabs in der Rechtsprechung	39
b) Privilegierungen im Insolvenzverfahren: strenge Prüfung anhand der „neuen Formel“	40
2. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit insolvenzrechtlicher Privilegierungen in Abhängigkeit von ihrer Zwecksetzung	41
a) Zulässigkeit der Privilegierung von Dritten aufgrund einer gesicherten Rechtsstellung	41
b) Zulässigkeit der Privilegierung nach dem Gedanken der haftungsrechtlichen Surrogation.....	43
c) Eingeschränkte Zulässigkeit der Privilegierung von Dritten aufgrund sozialpolitischer Erwägungen	44
3. Das verfassungsrechtliche Verbot, die Realisierung insolvenzrechtlicher Privilegien mit Mitteln der freien Insolvenzmasse zu finanzieren.....	46
C. Zusammenfassung.....	47
§ 3 <i>Insolvenzrechtliche Grundwertungen: Wesensmerkmale von Aussonderung und Absonderung</i>	48
A. Die Abgrenzung von Aus- und Absonderung im Kontext des Schutzes von Dritten in der Insolvenz des Versicherungsnehmers.....	49
I. Die eingeschränkte Tauglichkeit des Abgrenzungskriteriums der haftungsrechtlichen Zuordnung	49
II. Die potentielle Beteiligung der Insolvenzmasse am Verwertungserlös als zusätzliches Abgrenzungskriterium	51
1. Das Kriterium der potentiellen Erlösbeteiligung als Aspekt der haftungsrechtlichen Zuordnung	51
2. Die potentielle Erlösbeteiligung als das den Regelungen der InsO zugrundeliegende Abgrenzungskriterium	52
III. Ergebnis.....	53
B. Die dogmatische Struktur von Aus- und Absonderungsrechten: Erfordernis einer materiellrechtlichen Grundlage.....	54
I. Anlass und dogmatische Implikationen der Fragestellung.....	54
1. Anlass der Fragestellung: Möglichkeit des Bestehens isolierter Absonderungsrechte?	54

2. Dogmatische Implikationen: materiellrechtlicher Gehalt von Aus- und Absonderungsrechten?	56
II. Das Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht.....	56
1. Rechtshistorische Grundlagen: Windscheids Trennung von materiellem Recht und Prozessrecht	57
2. Die Notwendigkeit der Trennung von materiellem Recht und Verfahrensrecht	58
III. Die dogmatische Struktur von Aus- und Absonderungsrechten: prozessuale Rechtspositionen zur Durchsetzung materieller subjektiver Zivilrechte.....	59
1. Die dogmatische Qualifikation von Aus- und Absonderung als rein prozessuale Rechtspositionen	60
a) Funktionale Betrachtung: Aus- und Absonderungsrechte als Befreiung von verfahrensrechtlichen Restriktionen.....	60
b) Systematische Betrachtung: Aus- und Absonderungsrechte als insolvenzrechtliche Äquivalente zu Drittwiderspruchsklage und Klage auf vorzugsweise Befriedigung	62
2. Das Erfordernis einer materiellrechtlichen Grundlage von Aus- und Absonderung nach den gesetzlichen Regelungen der InsO	64
3. Die Trennung von Aus- bzw. Absonderungsrechten und materiellrechtlicher Grundlage als Voraussetzung sachgerechter rechtspraktischer Ergebnisse.....	65
a) Wertungswidersprüche durch die Beschränkung der Wirkung isolierter Aus- oder Absonderungsrechte auf das Insolvenzverfahren	65
b) Mangelnder Schutz isolierter Aus- oder Absonderungsrechte im internationalen Insolvenzrecht	68
IV. Rechtsfortbildende Schaffung der notwendigen materiellrechtlichen Grundlagen scheinbar isolierter Absonderungsrechte	69
V. Ergebnis	71
C. Der Grundsatz einer für die Masse kostenneutralen Verwertung von Aus- und Absonderungsgütern	71
I. Die rechtstechnischen Instrumente zur Verteilung der Kostenlast: Zuweisung der Verwertungsbefugnis oder Regeln der Kostenerstattung	72
II. Die Verteilung der Kostenlast hinsichtlich der Verwertung von Absonderungsgütern	73
III. Die Verteilung der Kostenlast hinsichtlich der Verwertung von Aussonderungsgütern	74
IV. Ergebnis	75
D. Zusammenfassung.....	75

§ 4 <i>Versicherungsrechtliche Grundwertungen – Die Bindung des Versicherungsschutzes an das versicherte Interesse oder die Zustimmung der Gefährperson</i>	77
---	----

§ 5 <i>Maßgeblichkeit der dargelegten Grundwertungen</i>	79
--	----

Besonderer Teil: Die insolvenzrechtliche Stellung des Dritten in den einzelnen drittschützenden Versicherungsformen81

§ 6 <i>Der Schutz des Versicherten in der Versicherung für fremde Rechnung</i>	83
---	----

A. <i>Versicherungsrechtliche Grundlagen</i>	83
--	----

I. Die Versicherung für fremde Rechnung als Sonderform des bürgerlichrechtlichen Vertrags zugunsten Dritter	83
---	----

II. Die gesetzlichen Vorgaben zur Ausgestaltung der Rechtsverhältnisse zwischen den beteiligten Personen – Abwicklung im Dreiecksverhältnis	84
---	----

1. Deckungs- und Vollzugsverhältnis: Aufspaltung von Forderungsinhaberschaft und Einziehungsbefugnis	84
--	----

2. Das Valutaverhältnis zwischen Versicherungsnehmer und Versicherten: lediglich punktuelle gesetzliche Regelung	85
--	----

III. Gründe für die Abwicklung der Versicherung für fremde Rechnung im Dreiecksverhältnis	87
---	----

B. <i>Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Versicherten</i>	88
---	----

C. <i>Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Versicherten</i>	88
---	----

I. Die insolvenzrechtliche Rechtsstellung des Versicherten: Aussonderungsrecht an der Versicherungsforderung	88
--	----

II. Verteilung der Befugnis zur Einziehung der Versicherungsforderung	90
---	----

1. Aufrechterhaltung der Aufspaltung von Forderungsinhaberschaft und Einziehungsbefugnis – Abwicklung im Dreiecksverhältnis	90
---	----

2. Kritik der Abwicklung im Dreiecksverhältnis	92
--	----

a) Unvereinbarkeit mit insolvenzrechtlichen Grundwertungen	92
--	----

b) Unstimmigkeiten hinsichtlich des Übergangs der Einziehungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter nach § 80 Abs. 1 InsO	92
--	----

c) Unstimmigkeiten hinsichtlich der Ersatzaussonderung der eingezogenen Entschädigungssumme auf Grundlage des § 48 S. 2 InsO	95
--	----

d)	Eingeschränktes Interesse des Versicherers an einer Abwicklung im Dreiecksverhältnis im Insolvenzfall.....	98
e)	Ergebnis.....	98
3.	Alternativkonzeption: unmittelbare Einziehung der Versicherungsforderung durch den Versicherten	99
a)	Kritische Betrachtung des Valutaverhältnisses zwischen Versicherungsnehmer und Versichertem	99
aa)	Determinanten des Valutaverhältnisses.....	100
bb)	Historische Entwicklung des Valutaverhältnisses zwischen Versicherungsnehmer und Versichertem.....	102
(1)	Rein bürgerlichrechtliche Betrachtung des Valutaverhältnisses – Geschäftsführung ohne Auftrag als Auffanglösung	102
(2)	Entwicklung der Konzeption eines gesetzlichen Treuhandverhältnisses eigener Art	104
cc)	Rechtsfolgen des gesetzlichen Treuhandverhältnisses nach heute h.M.	107
dd)	Dekonstruktion: Trennung zwischen schuldrechtlicher Einordnung des Valutaverhältnisses und der Frage nach dessen Treuhandcharakter	109
(1)	Das Valutaverhältnis: in Ermangelung eines vertraglichen Schuldverhältnisses Geschäftsführung ohne Auftrag	111
(a)	Die Unbegründetheit der Sorge einer zu weitreichenden Bindung des Versicherungsnehmers durch die §§ 677 ff. BGB	111
(b)	Sachgerechte Regelung des Valutaverhältnisses zwischen Versichertem und Versicherungsnehmer durch die §§ 677 ff. BGB	112
(c)	Pflicht des Versicherungsnehmers zur Einziehung der Versicherungsforderung?	115
(d)	Zwischenergebnis.....	116
(2)	Treuhandcharakter des Valutaverhältnisses?	117
(a)	Begriffsklärung: Definition und Kategorisierung des Treuhandbegriffs.....	117
(b)	Voraussetzungen des Vollstreckungsschutzes des Treugebers.....	118
(c)	Das „gesetzliche Treuhandverhältnis“ zwischen Versicherungsnehmer und Versichertem auf dem Prüfstand.....	122
ee)	Zwischenergebnis	125

b)	Deckungsverhältnis: Notwendigkeit einer Trennung von eigennütziger und fremdnütziger Einziehungsbefugnis des Versicherungsnehmers	125
c)	Unmittelbare Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf die Einziehungsbefugnis des Versicherungsnehmers	127
aa)	§ 80 Abs. 1 InsO: Übergang nur der eigennütigen Einziehungsbefugnis gem. § 46 S. 2 VVG auf den Insolvenzverwalter.....	127
bb)	Schicksal der uneigennütigen Einziehungsbefugnis: schuldrechtliche Unterlassungspflicht hinsichtlich ihrer Ausübung.....	128
d)	Mittelbare Auswirkung der Insolvenzeröffnung: Befugnis des Versicherten zur Einziehung der Versicherungsforderung	130
aa)	Gesetzliche Ausgangslage: Einziehungsbefugnis des Versicherten auf Grundlage des Besitzes am Versicherungsschein oder der Zustimmung des Insolvenzverwalters	131
(1)	Der Vindikationsanspruch des Versicherten auf Herausgabe des Versicherungsscheins aus § 985 BGB	131
(2)	Die Gegenrechte des Versicherungsnehmers: Recht zum Besitz aus § 44 Abs. 1 S. 2 VVG und Zurückbehaltungsrecht aus § 46 S. 1 VVG	132
(3)	Auswirkung der Insolvenzeröffnung: potentiell Erlöschen des Besitzrechts aus § 44 Abs. 1 S. 2 VVG, Fortbestand des Zurückbehaltungsrechts aus § 46 S. 1 VVG.....	134
(4)	Alternative zur Einziehungsbefugnis aufgrund des Besitzes am Versicherungsschein: Zustimmung des Insolvenzverwalters zur Einziehung	135
bb)	Kautelarjuristischer Ausschluss der Einziehungsbefugnis kraft Zustimmung oder Besitz am Versicherungsschein im Insolvenzfall unwirksam	137
e)	Die Insolvenz des Versicherungsnehmers aus der Perspektive des Versicherers	138
aa)	Identifikation der zum Empfang der Versicherungs- leistung berechtigten Person.....	138
bb)	Schutz vor der Inanspruchnahme durch unbekannte Forderungsprätendenten	140
4.	Ergebnis	141
III.	Nachträgliche Beeinträchtigungen der Rechtsstellung des Versicherten.....	143
1.	Aufrechnung.....	143

2. Erfüllungsablehnung gem. § 103 InsO	144
a) Insolvenzzrechtliche Grundlagen.....	144
b) Auswirkungen der Erfüllungsablehnung auf den Versicherungsvertrag.....	145
3. Insolvenzanfechtung	147
D. Rechtsvergleichende Betrachtung	150
I. Frankreich.....	150
II. England.....	153
1. Die schwache Rechtsstellung vertragsfremder Dritter im englischen Recht	153
2. Wege zur Stärkung der Rechtsstellung des Dritten	155
a) Der Dritte als beneficiary eines trust.....	155
b) Das Durchsetzungsrecht des Dritten auf Grundlage des Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999.....	158
c) Zusammenfassung.....	159
III. USA	160
1. Offenheit des US-amerikanischen Rechts für das Konzept drittbegünstigender Versicherungen	160
2. Insolvenzzrechtliche Behandlung drittbegünstigender Versicherungen	162
IV. Bilanz der rechtsvergleichenden Betrachtung	163
E. Zusammenfassung.....	164
§ 7 <i>Der Schutz des Bezugsberechtigten in der Lebensversicherung</i>	166
A. Versicherungsrechtliche Grundlagen	167
I. Zeitpunkt des Forderungserwerbs durch den Bezugsberechtigten	168
II. Gegenstand des Forderungserwerbs	169
III. Modalitäten des Forderungserwerbs.....	170
B. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzzrechtlichen Privilegierung des Bezugsberechtigten	172
I. Insolvenzzrechtliche Privilegierung erfordert entsprechende Vermögensallokation vor Insolvenzeröffnung	172
II. Folgen für die Ausgestaltung der insolvenzzrechtlichen Privilegierung des Begünstigten durch das Insolvenz- und Versicherungsrecht	173
1. Allgemeine Leitlinien	173
2. Beispiel für die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben: die Direktversicherung im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge.....	175
C. Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzzrechtlichen Privilegierung des Bezugsberechtigten	177
I. Die insolvenzzrechtliche Rechtsstellung des Bezugsberechtigten: Aussonderungsrecht nach Erwerb der Versicherungsforderung	177

1. Unwiderrufliche Bezugsberechtigung.....	177
2. Widerrufliche Bezugsberechtigung.....	180
a) Kein Aussonderungsrecht am Anspruch auf den Rückkaufswert.....	180
b) Kein Aussonderungsrecht an der Versicherungsforderung bei Eintritt des Versicherungsfalls nach Insolvenzeröffnung	181
3. Eingeschränkt unwiderrufliche und gespaltene Bezugsberechtigungen	185
a) Die gespaltene Bezugsberechtigung.....	185
b) Die eingeschränkt unwiderrufliche Bezugsberechtigung.....	187
aa) Rechtliche Struktur des eingeschränkt unwiderruflichen Bezugsrechts.....	187
bb) Das eingeschränkt unwiderrufliche Bezugsrecht aus einer Direktversicherung bei insolvenzbedingter Beendigung des Arbeitsverhältnisses	188
4. Mittelbare Auswirkungen des Valutaverhältnisses auf die insolvenzrechtliche Stellung des Bezugsberechtigten	192
5. Das Eintrittsrecht nach § 170 VVG	194
II. Verteilung der Befugnis zur Einziehung der Versicherungsforderung	196
III. Nachträgliche Beeinträchtigungen der Rechtsstellung des Bezugsberechtigten.....	197
1. Aufrechnung.....	197
2. Erfüllungsablehnung gem. § 103 InsO	197
3. Insolvenzanfechtung	197
a) Voraussetzungen einer Insolvenzanfechtung	198
b) Rechtsfolgen und Reichweite der Insolvenzanfechtung	201
D. Rechtsvergleichende Betrachtung	202
I. Frankreich.....	202
1. Das Recht des souscripteur zur Bestimmung eines bénéficiaire sowie zur Aufhebung und Abänderung der Begünstigung	202
2. Beschränkung des Gläubigerzugriffs auf eine Erstattung übermäßiger Prämienzahlungen.....	204
II. England.....	206
1. Das traditionelle englische Recht: Insolvenzfeste Stellung des Begünstigten nur bei Aufgabe der Dispositionsfreiheit durch den Versicherungsnehmer.....	206
a) Common law und equity	206
b) S. 11 Married Women's Property Act 1882.....	210
2. Umwälzung der tradierten Grundsätze durch den Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999?.....	211
III. USA	211

1. Grundsatz des bundesstaatlichen Insolvenzrechts: voller Zugriff des trustee in bankruptcy auf die in Lebensversicherungen verkörperten Vermögenswerte	211
2. Schutz der Versicherungsleistung vor Gläubigerzugriff durch statutory exemptions	213
IV. Bilanz der rechtsvergleichenden Betrachtung	214
E. Zusammenfassung	215
<i>§ 8 Der Schutz des Geschädigten in der Haftpflichtversicherung</i>	217
A. Versicherungsrechtliche Grundlagen	218
I. Entwicklungsgeschichte der Haftpflichtversicherung: von der eigennützigen Absicherung gegen Haftungsrisiken zum modernen System des Opferschutzes	218
1. Ursprünge der Haftpflichtversicherung: Entstehung aus der Abgrenzung zur Unfallversicherung für fremde Rechnung	218
2. Hinzutreten des Schutzes der Geschädigten als eigenständiger Zweck der Haftpflichtversicherung: Die einzelnen Entwicklungsstadien	221
a) Erhalt der Versicherungsforderung als Haftungsobjekt des Geschädigten – Verhinderung des Zugriffs anderer Gläubiger	222
b) Gewährleistung des Bestands von Versicherungsschutz durch die Einführung von Versicherungspflichten	223
c) Direktanspruch gegen den Versicherer	224
d) Stärkung der Rechtsstellung des Geschädigten durch Einschränkungen der vertraglichen Gestaltungsfreiheit von Versicherungsnehmer und Versicherer	225
e) Gesamtschau: Strukturelle (Wieder-)Annäherung der Haftpflichtversicherung an die Versicherung für fremde Rechnung	226
II. Wesentliche Strukturmerkmale der Haftpflichtversicherung	228
1. Die versicherungsvertraglichen Pflichten des Versicherers	228
a) Die Verpflichtung des Versicherers zur Gewährung von Rechtsschutz	229
b) Die Verpflichtung des Versicherers zur Freistellung des Versicherungsnehmers von den Haftpflichtforderungen des Dritten	231
c) Verhältnis von Rechtsschutz- und Freistellungsverpflichtung: einheitliche Versicherungsforderung mit rechtlich unterscheidbaren Komponenten	232
2. Trennungsprinzip und Bindungswirkung	234
a) Materielles und prozessuales Trennungsprinzip	234

b)	Die Bindungswirkung von Urteilen, Vergleichen und Anerkenntnissen im Haftpflichtverhältnis.....	235
aa)	Voraussetzungen der Bindungswirkung rechtskräftiger Urteile	237
	(1) Bindungswirkung nur bei Prozessführung durch Versicherer oder unberechtigter Ablehnung der Abwehrdeckung?	237
	(2) Bindungswirkung zumindest aller kontradiktorischen Haftpflichturteile?	239
	(3) Quelle der Kontroverse: grundlegend verschiedene Konzeptionen vom Deckungsumfang der Haftpflichtversicherung	241
	(4) Umfassende Bindungswirkung kontradiktorischer Haftpflichturteile als Folge der umfassenden Versicherungsdeckung der Haftpflichtversicherung.....	243
	(5) Eingeschränkte Bindungswirkung von Anerkenntnisurteilen – Umfassende Bindungswirkung von Versäumnisurteilen.....	245
bb)	Voraussetzungen der Bindungswirkung von Anerkenntnis und Vergleich.....	248
cc)	Voraussetzungen der Bindungswirkung einer widerspruchslosen Feststellung der Haftpflichtforderung zur Insolvenztabelle.....	248
	(1) Einschränkung der Bindungswirkung nach denselben Grundsätzen wie bei Anerkenntnisurteilen, Anerkenntnissen und Vergleichen	248
	(2) Praktische Folgen der eingeschränkten Bindungswirkung für den Insolvenzverwalter	250
B.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Geschädigten.....	252
C.	Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Geschädigten	257
I.	Allgemeine Grundlagen: keine Umwandlung des Freistellungsanspruchs in einen Zahlungsanspruch allein aufgrund der Insolvenzeröffnung.....	257
II.	Die freiwillige Haftpflichtversicherung.....	259
1.	Die insolvenzrechtliche Rechtsstellung des Geschädigten	259
a)	Das Absonderungsrecht aus § 110 VVG und das ihm zugrundeliegende Pfandrecht	259
b)	Objekt des Absonderungsrechts / des materiellen Vorzugsrechts ist ausschließlich der Freistellungsanspruch des Versicherungsnehmers	260

c)	Entstehung des materiellen Vorzugsrechts und des Absonderungsrechts	261
2.	Wege zur Realisierung des Absonderungsrechts aus § 110 VVG im eröffneten Insolvenzverfahren	263
a)	Das reguläre Verfahren zur Realisierung des Absonderungsrechts	263
aa)	Ganz h.M.: Alternative zwischen analoger Anwendung der Pfandrechtsvorschriften und Zahlungsklage gegen den Insolvenzverwalter	263
(1)	Analoge Anwendung der Vorschriften über Absonderungsrechte, die auf einem Pfandrecht an Forderungen basieren	263
(2)	Unmittelbare Zahlungsklage gegen den Insolvenzverwalter beschränkt auf Leistung aus der Versicherungsforderung	266
bb)	Kritische Betrachtung der unmittelbaren Zahlungsklage gegen den Insolvenzverwalter	269
(1)	Fehlerhafte methodische Prämissen	270
(2)	Unerfüllbarkeit des im Urteil verkörperten gerichtlichen Leistungsbefehls	272
(3)	Konflikt mit dem Verbot, die freie Insolvenzmasse mit den Kosten der Realisierung des Absonderungsrechts zu belasten	272
(4)	Mangelnde materiellrechtliche Grundlage der Zahlungsklage	273
cc)	Systemgerechte Lösung: Klage des Geschädigten auf Duldung der abgesonderten Befriedigung gestützt auf § 1277 BGB analog	273
b)	Alternative Gestaltungsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters	276
aa)	Freigabe der Versicherungsforderung	276
bb)	Zession der Versicherungsforderung	278
(1)	Folge der Zession: unmittelbare Inanspruchnahme des Versicherers durch den Geschädigten	279
(2)	Anspruch des Geschädigten auf Abtretung der Versicherungsforderung aus § 1282 Abs. 1 S. 3 BGB analog	282
(3)	Vorteile einer Zession der Versicherungsforderung an Zahlungs statt für die Insolvenzmasse	284
(4)	Folge: Starker faktischer Anreiz für den Insolvenzverwalter zur Abtretung der Versicherungsforderung an Zahlungs statt	286

c) Stellung mehrerer Geschädigter bei nicht ausreichender Versicherungsdeckung	286
3. Nachträgliche Beeinträchtigungen der Rechtsstellung des Geschädigten	287
a) Aufrechnung mit rückständigen Prämienforderungen	287
b) Nichterfüllungswahl gem. § 103 Abs. 2 InsO	288
c) Insolvenzanfechtung	289
4. Ergebnis	289
III. Die Pflichtversicherung	290
1. Die insolvenzrechtliche Rechtsstellung des Geschädigten	291
2. Realisierung des Direktanspruchs durch den Geschädigten	291
a) Inhalt und Durchsetzung des Direktanspruchs	291
b) Stellung mehrerer Geschädigter bei nicht ausreichender Versicherungsdeckung	293
3. Nachträgliche Beeinträchtigungen der Rechtsstellung des Geschädigten	293
IV. Vorschlag einer Neukonzeption de lege ferenda: Direktanspruch des Geschädigten unabhängig von der Form der Haftpflichtversicherung	294
1. Kritische Würdigung der Rechtslage de lege lata	294
2. Schaffung eines allgemeinen, insolvenzbedingten Direktanspruchs des Geschädigten als system- und sachgerechte Lösung	295
3. Rechtliche Ausgestaltung eines auf die Insolvenz des Versicherungsnehmers beschränkten Direktanspruchs	296
4. Kein Konflikt mit dem prozessualen Trennungsprinzip	297
5. Gewährleistung der Praktikabilität des Direktanspruchs durch den Insolvenzverwalter als Informationsintermediär	300
D. Rechtsvergleichende Betrachtung	301
I. Frankreich	301
1. Action directe des Geschädigten	301
2. Eingeschränkte Akzessorietät der action directe zur Versicherungsforderung des Versicherungsnehmers	304
II. England	306
1. Der Third Parties (Rights against Insurers) Act 1930	307
2. Der Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010	310
a) Kritik der bisherigen Rechtslage	310
b) Zentrale Neuregelungen des Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010	311
3. Besonderheiten der motor insurance	312
III. USA	313
1. Die uneinheitliche versicherungsrechtliche Ausgestaltung und insolvenzrechtliche Behandlung der liability insurance	313

2. Gemeinsame Grundlinien der insolvenzrechtlichen Behandlung der liability insurance.....	315
IV. Bilanz der rechtsvergleichenden Untersuchung	316
E. Zusammenfassung.....	317
<i>§ 9 Der Schutz des Grundpfandgläubigers in der Sachversicherung</i>	<i>320</i>
A. Versicherungs- und sachenrechtliche Grundlagen	322
I. Versicherungen, die keine Gebäude zum Gegenstand haben, §§ 1127, 1129 BGB	322
II. Gebäudeversicherungen, § 1128 BGB	323
III. Gebäudefeuerversicherungen, §§ 142 ff. VVG	324
B. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung des Grundpfandgläubigers.....	327
C. Rechtliche Ausgestaltung der insolvenzrechtlichen Privilegierung.....	328
I. Insolvenzrechtliche Stellung des Grundpfandgläubigers	328
II. Wege zur Realisierung der insolvenzrechtlichen Vorzugsstellung	329
1. Versicherungen, die keine Gebäude zum Gegenstand haben	329
a) Absonderungsrecht an Versicherungsforderungen nur bei Beschlagnahme.....	329
b) Durchführung der abgesonderten Befriedigung	329
c) Die „kalte Zwangsverwaltung“ als alternativer Mechanismus der Haftungsrealisierung	332
d) Mangels Beschlagnahme Recht und Pflicht des Insolvenzverwalters zur Einziehung der Versicherungsleistung für die Insolvenzmasse	333
e) Enthaltung der Versicherungsforderung bei Wiederherstellung der versicherten Sache.....	334
2. Allgemeine Gebäudeversicherungen	335
a) Realisierung des Absonderungsrechts aus § 49 InsO – Problematik der Zwangsverwaltung.....	335
b) Verstärkung der insolvenzrechtlichen Rechtsstellung des Realgläubigers durch § 1128 BGB.....	335
c) Rechtsstellung des Realgläubigers bei Eintritt des Versicherungsfalls nach Insolvenzeröffnung	337
d) Alternative Abwicklung nach dem Modell der „kalten Zwangsverwaltung“: Die „kalte Einziehung“ der Versicherungsforderung	340
e) Nachträglicher Wegfall des Absonderungsrechts in den Fällen des § 1127 Abs. 2 BGB und des § 1128 Abs. 1, 2 BGB.....	341
3. Gebäudefeuerversicherungen.....	341
a) Insolvenzrechtlicher Schutz des Realgläubigers durch eigenständigen, unmittelbaren Anspruch aus § 143 VVG	341

b)	Schutz des Versicherers bei Leistung an den Realgläubiger aufgrund von § 143 VVG: Übergang des Grundpfandrechts gem. § 145 VVG	342
aa)	Regelungszweck der §§ 143, 145 VVG: Stimulierung des Realkreditwesens durch Transfer von Insolvenzrisiken	342
bb)	Notwendigkeit einer persönlichen Forderung des Versicherers	343
cc)	Notwendigkeit eines derivativen Forderungserwerbs	345
dd)	Konstruktion des derivativen Forderungserwerbs: Abtretungsanspruch aus gesetzlichem Schuldverhältnis	347
4.	Besonderheiten bei Vorliegen einer Wiederherstellungsklausel	348
a)	Begriff und Typologie der Wiederherstellungsklauseln	348
b)	Modifikationen der materiellen Rechtslage bei Vorliegen einer Wiederherstellungsklausel.....	350
aa)	Recht des Versicherers, die Versicherungsleistung mit befreiender Wirkung gegenüber dem Realgläubiger an den Versicherungsnehmer zu erbringen	350
bb)	Ausschluss der Einziehungsbefugnis des Realgläubigers	351
c)	Auswirkungen auf die insolvenzrechtliche Stellung der Realgläubiger.....	352
aa)	Entscheidungsgewalt des Insolvenzverwalters über die Verwendung der Versicherungsleistung.....	352
bb)	Möglicher Rechtsverlust der Realgläubiger	354
III.	Nachträgliche Beeinträchtigungen der Rechtsstellung des Grundpfandgläubigers	354
1.	Aufrechnung.....	355
2.	Erfüllungsablehnung gem. § 103 InsO	356
3.	Insolvenzanfechtung	356
D.	Rechtsvergleichende Betrachtung	358
I.	Frankreich.....	358
1.	Die Zuordnung der Versicherungsforderung an den Sicherungsnehmer gem. Art. L. 121-13 Abs. 1 c.ass.....	358
2.	Beschränkungen der Rechtsstellung des Sicherungsnehmers.....	359
a)	Erfüllungswirkung einer gutgläubigen Auszahlung der Versicherungsleistung an den Versicherungsnehmer gem. Art. L. 121-13 c.ass.	359
b)	Einwendungen des Versicherers gegen das Recht des Sicherungsnehmers.....	360
c)	Das ungeklärte Verhältnis der Berechtigung des Sicherungsnehmers aus Art. L. 121-13 Abs. 1 c.ass. zur Wiederaufbauverpflichtung des Versicherungsnehmers aus Art. L. 121-17 c.ass.	361

3. Die Stellung des Sicherungsnehmers in der Insolvenz des Versicherungsnehmers	361
II. England	362
1. Rechte des mortgagee an der Versicherungsleistung	363
2. Rechte des mortgagee im Insolvenzverfahren des mortgagor	366
III. USA	368
1. Rechte des mortgagee an der Versicherungsleistung	368
2. Stellung des mortgagee im Insolvenzverfahren des Versicherungsnehmers	370
IV. Bilanz der rechtsvergleichenden Untersuchung	371
E. Zusammenfassung	373
Schlussbetrachtung: Das System des Schutzes Dritter in der Insolvenz des Versicherungsnehmers	375
A. Rechtfertigung der insolvenzrechtlichen Privilegierung	375
B. Insolvenzzrechtliche Qualifikation der Rechtsstellung des Dritten	376
C. Wege zur Realisierung der jeweiligen insolvenzrechtlichen Privilegierung	376
D. Nachträgliche Beeinträchtigungen der Rechtsstellung des Dritten	379
Literaturverzeichnis	381
Sachregister	401

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
A.C.	Law Reports, Appeal Cases (3rd Series)
a.F.	alte Fassung
AFB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Feuerversicherung
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung
Ala.	Alabama
ALB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Lebensversicherung
All E.R.	All England Law Reports
Alt.	Alternative
Am. Bankr. Inst. L. Rev.	American Bankruptcy Institute Law Review
Anm.	Anmerkung
App.	Appellate Court
App. Cas.	Law Reports, Appeal Cases
Ariz.	Arizona
Ark.	Arkansas
Art.	Artikel
Artt.	Artikel (Plural)
Ass'n	Association
AStB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Sturmversicherung
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
AWB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Leitungswasserversicherung
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bankr.	United States Bankruptcy Court

Bankr. Inst. L. Rev.	American Bankruptcy Institute Law Review
BB	Der Betriebs-Berater
B.C.C.	British Company Law Cases
B.C.L.C.	Butterworths Company Law Cases
Bd.	Band
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in
Zivilsachen	
B.R.	West's Bankruptcy Reporter
B.&S.	Best & Smith's Queen's Bench Reports
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Cal.	California
C. ass.	Code des assurances
C.c.	Code civil
C. cass.	Cour de cassation
C. civ.	Chambre civile
c. com.	Code de commerce
Ch.	Law Reports, Chancery Division (Third Series)
Ch.D.	Law Reports, Chancery Division (Second Series)
ch.	chambre, chapter
Cir.	Circuit
Civ.	Civil, Urteil einer chambre civile der Cour
de cassation	
C.L.C.	Commercial Law Cases
Co.	Company
Col. L. R.	Columbia Law Review
com.	commercial/e
C.P.C.	Code de procédure civile
Ct. App.	Court of Appeals
D.	Dalloz (Recueil), District
ders.	derselbe
d.h.	das heißt

dies.	dieselbe/dieselben
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
D.N.J. of New Jersey	United States District Court for the District of New Jersey
D.N.H.	District of New Hampshire
DP	Dalloz Recueil Périodique et Critique
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
€	Euro
E.D.	Eastern District
ed.	edition
EG	Europäische Gemeinschaft
EGVVG tragsgesetz	Einführungsgesetz zum Versicherungsver- tragsgesetz
Einl.	Einleitung
et al.	et alii/et aliae
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
e.V.	eingetragener Verein
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f./ff.	folgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FK-InsO nung	Frankfurter Kommentar zur Insolvenzord- nung
Fl.	Florida
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement
Ga.	Georgia
Ga. App.	Georgia Appeals Report
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versiche- rungswirtschaft e.V.
GG	Grundgesetz
gem.	gemäß
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung